

## Welches Deutschland soll es sein?\*

---

Stefan Heym, geb. 1913 in Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt), studierte Philosophie, Germanistik und Zeitungswissenschaften in Berlin. Erste literarische Beiträge von ihm erschienen unter anderem in der „Weltbühne“. 1933 floh Heym ins Ausland, seit 1935 lebte er in den USA. 1951 ging er als Schriftsteller in die DDR, deren „real existierenden Sozialismus“ er immer wieder kritisierte. Heym schrieb zahlreiche Romane, von denen viele nicht in der DDR erschienen. 1988 erschien Heyms Memoirenband „Nachruf“.

Vor kurzem erhielt ich einen Telefonanruf von einem Arbeiter, der zu einem großen Kombinat in Berlin gehört, das Glühbirnen und ähnliches herstellt. Er sagte mir, daß er völlig ratlos sei, weil die Arbeiter niemanden hätten, an den sie sich wenden könnten. Da seien sie auf den Gedanken gekommen, mich anzusprechen. Ich fragte ihn nach der Problematik. Daraufhin erzählte er mir, daß sie wüßten, daß ihr Betrieb bereits mit dem Westen verhandele. Sie hätten allerdings weder offizielle Informationen noch Rechte. Ich fragte ihn, was denn mit ihrer Gewerkschaft sei. Er antwortete: „Wir haben ja nie eine Gewerkschaft gehabt.“ Ich erklärte mich bereit, in den Betrieb zu kommen und bin dann auch hingegangen. Es war dort eine Abteilungsversammlung, weil nicht der ganze Betrieb für eineinhalb Stunden stillgelegt werden sollte. Die, die an der Versammlung teilgenommen haben, haben diese Zeit dann später nachgearbeitet. Es stellte sich bei unserem Gespräch heraus, daß sie wirklich keine Gewerkschaft hatten. Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb hatten im wesentlichen nichts anderes getan als Wettbewerbe zu organisieren und Ferienplätze zu vergeben. Um die Löhne der Kollegen zum Beispiel haben

---

\* Gekürzte und leicht überarbeitete Fassung einer Ansprache, die Stefan Heym am 12. Dezember 1989 vor dem Beirat der IG Metall in Frankfurt/M. gehalten hat.

sie sich nicht gekümmert. Ich habe ihnen gesagt, daß sie eine Gewerkschaft brauchten - mit ehrenamtlichen Funktionären denen sie vertrauen. Auch ein Betriebsrat sei nötig, der ihre Interessen vertrete.

Der Betrieb ist zwar wie viele andere auch ein „volkseigener Betrieb“, aber wo war denn das Volk? In Wirklichkeit gehörte auch dieses Unternehmen dem Staat und wurde von der staatlichen Bürokratie ausgebeutet. Nun zieht sich der Staat zurück, die Planung hat ihren Stellenwert verloren. Jetzt müßten die Arbeiter als die eigentlichen Besitzer in ihre Rolle eintreten. Wir haben darüber gesprochen, wie dieses Besitztum aussehen und wie es verwaltet werden könnte. Es wurde der Vorschlag gemacht, Arbeiteraktien auszugeben, die am Ende des Jahres jeweils einen Gewinn abwerfen könnten. Es war davon die Rede, daß, wenn in den Westen exportiert würde, die Arbeiter einen Teil des Geldes in harter Währung bekommen könnten. Der wichtigste Gesichtspunkt war allerdings die Frage: „Was geschieht, wenn die Kapitalisten einsteigen?“ Dabei haben alle betont, daß sie auf keinen Fall „Billiglohnarbeiter“ werden wollen. Wir haben dann über ein „49/51-Modell“ gesprochen, das heißt: Der Betrieb würde zu 51 Prozent den Arbeitern gehören, zu 49 Prozent könnte ausländisches Kapital in Form von Joint ventures einsteigen. Ich weiß nicht, ob so etwas praktisch durchführbar ist, auf diesem Gebiet bin ich kein Fachmann. Aber zumindest die Problematik haben wir herausgearbeitet, und ich bin davon überzeugt, daß die Kollegen dieses Kombinats nicht nur nach völlig neuen Gewerkschaftsformen, sondern auch nach Mitbestimmung streben.

Ich persönlich bin mir bei dieser Gelegenheit vorgekommen wie in alten Zeiten, Ende der vierziger Jahre, in Amerika. Damals fuhr ich nach Pennsylvania, wo die Arbeiter im Kohlengebiet streikten. Auch dort habe ich mit den Arbeitern geredet, und ich habe dann einen Roman über sie und über den Streik geschrieben. Auch damals hatte ich das Gefühl, daß es sich um ganz neue Entwicklungen, ganz neue Verhältnisse handelte. Das ist die eine Seite dieser merkwürdigen Revolution, die es in der DDR gegeben hat. Ich bin an dieser Revolution nur durch Zufall beteiligt worden. Sicher bin ich aufgrund dessen, was ich geschrieben hatte, mit der stalinistischen Staatsleitung in Konflikt geraten. Ich habe versucht, nicht klein beizugeben. Deshalb hat man mich wohl auch gebeten, an jenem 4. November auf dem Alexanderplatz zu sprechen. Es war ein unheimliches Erlebnis. Als ich von der Rednertribüne herunterkletterte, kam eine Frau auf mich zu und sagte: „Du, das ist wie ein Traum.“ Ich hatte die gleiche Empfindung.

Die andere Seite ist: Inzwischen habe ich Angst, daß aus diesem großen Traum, der zu so viel Hoffnung Anlaß gibt, ein Alptraum werden könnte. Am 4. November wurde - wie vorher schon in Leipzig - gerufen: „Wir sind das Volk!“ Jetzt rufen sie in Leipzig: „Wir sind *ein* Volk!“ Ich erinnere mich: ein Volk, ein Reich, ein... Sie wissen schon, was ich meine. Der Haß auf einzelnen Gesichtern bei den jüngsten Demonstrationen erinnert mich an Erlebnisse aus dem Januar 1933, an jenen berühmten Fackelzug auf der Wilhelmstraße, bei dem Hitler auf dem Balkon der Reichskanzlei stand.

Wollen wir das? Wollen wir diese demokratische Revolution, die so etwas Großes war, die zu solchen Hoffnungen Anlaß gibt für die DDR und für ganz Deutschland, verkommen lassen? Es gibt bereits Zwischenfälle in der DDR: vor Armeeinstitutionen und auch vor sowjetischen Stellen. Ich habe Angst, daß womöglich ein Offizier die Nerven verliert und die Order gibt zu schießen, oder auch, daß von der anderen Seite geschossen wird. Seitdem die Grenzen offen sind, gibt es bei uns Waffen. Es kann Situationen geben, die sich eskalieren - bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen - und das in einem Lande, in dem es Atomeinrichtungen gibt. Vielleicht male ich zu schwarz - aber wir müssen alles tun - das gilt auch für die Bundesrepublik -, um so etwas zu verhindern. Die ungunstigen Entwicklungen sind auch zurückzuführen auf den unseeligen Herrn Kohl, der mit seiner Erklärung zur Unzeit die Sache angeheizt hat.

Ich möchte noch einmal auf die Gewerkschaftsangelegenheiten zurückkommen: Zusammenarbeit, Austausch - all das ist richtig. Aber die Gewerkschaften sollten sich nicht nur um Gewerkschaftliches allein kümmern, sie sollten auch Einfluß nehmen auf die demokratische Entwicklung in der DDR. Die Unruhe in der DDR rührt ja nicht nur von den Enthüllungen her - die sind schlimm genug -; die Parteiführung hat aus dem Begriff des Sozialismus etwas gemacht, wovon die Leute sich abwenden. Selbst wenn man erklärt, daß das nicht der Sozialismus sondern der Stalinismus gewesen ist, glauben einem die Leute nicht.

Alles spitzt sich inzwischen auf die Frage der deutschen Einheit zu. Wenn es denn *ein* Deutschland sein soll - wann soll es kommen, unter welchen Umständen? [...] Wenn man sich die Siedlung in Wandlitz genau ansieht, fällt auf, daß es sich eher um bescheidene Behausungen handelt. Verglichen mit dem, was man etwa in der Fernsehserie „Dallas“ sehen kann, sind es sogar „Buden“. Aber der Unterschied hegt darin, daß Mister Ewing sich nicht hinstellt und behauptet, er vertrete die Interessen der Arbeiterklasse. Das aber war die Devise der Leute aus Wandlitz. Und deshalb ist das, was sie getan haben, umso schlimmer. Das Schlimmste sind noch nicht einmal die großen Schwindeleien eines Schalck-Golodkowski, für mich sind die 20.000,- Mark, die Honecker sich von der Bauakademie dafür hat zahlen lassen, daß er dort Mitglied war, viel enttäuschender.

[...]

Vor einigen Tagen habe ich bei einer Demonstration der Akademie der Wissenschaften im Lustgarten zum Thema „Sozialismus und Einheit“ gesprochen, und ich möchte daraus zitieren: „Das deutsche Volk ist eins. Deutschland wurde gespalten als Folge des Krieges, so wie Europa und die Welt gespalten wurden. In dem Maße wie die Spaltung Europas und der Welt aufgehoben wird, wird auch die Spaltung Deutschlands verschwinden. Die beiden deutschen Staaten - der Prozeß hat bereits begonnen - werden sich einander annähern und miteinander kooperieren und - alliiertes Einverständnis vorausgesetzt - sich sogar konföderieren. Es wird keine trennende Grenze mehr zwi-

sehen ihnen geben. Die Frage ist, was für ein geeintes Deutschland es denn sein soll: ein Großdeutschland wie gehabt - durch Anschluß zusammengekommen -, ein Viertes Reich, gefürchtet von den Völkern und von nachdenklichen Menschen in beiden deutschen Staaten. Oder ein anderes, neues Deutschland, in das auch die Bürger der DDR ihre Erfahrungen und Werte, die Resultate ihrer langjährigen Mühen mit eingebracht haben werden? Dieses wie auch das Wohl der Menschen hüben und drüben erfordert, daß Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR jetzt in Ordnung kommen, in eine demokratische Ordnung. Ich glaube, das läßt sich schaffen."

Das war das Ende meiner kurzen Ansprache im Lustgarten. Ich glaube, das läßt sich schaffen - aber wie? Was ist denn eigentlich die deutsche Einheit? Ist es wirklich nur die sentimentale Haltung von früher, die sich in der Nationalhymne ausdrückt? Oder ist es nicht vielmehr das, was zu einem großen Teil schon erfüllt wurde? Zum Beispiel Familienzusammenführung, die früher ein Problem war, aber seit die Grenze offen ist, kein Problem mehr ist. Ist es die Frage des Reisens vom einen in den anderen Teil? Auch das ist es nicht mehr. Ich glaube das, wonach die Menschen bei uns jetzt rufen, wenn sie Einheit sagen, ist in Wirklichkeit zum großen Teil etwas Ökonomisches. Sie wollen dieselbe Währung haben wie in der Bundesrepublik, mit derselben Kaufkraft. Sie wollen in die Läden gehen und sich kaufen können, was ihnen gefällt. Sie wollen das Geld haben, um reisen zu können, wohin sie möchten. Löhne, Preise, Angebot, Währung - das sind die Dinge, die geregelt werden müssen, und zwar so bald als möglich. Die Spaltung dieses Deutschland begann 1949, als die Währung in eine West- und eine Ostwährung gespalten wurde. Wenn man also jetzt eine Währung schafft oder zumindest zwei Währungen, die gleichwertig sind, dann wird dieser „Vereinigungsdruck“, der es schwierig macht, die Verhältnisse solide zu gestalten, zum allergrößten Teil verschwinden. Dann verschwindet auch die Angst im Westen, daß die Arbeiter bei uns, die für eine inflationierte Ostwährung arbeiten, die Arbeiter hier unterbieten könnten und ihr Löhne gefährden. Was hat die BRD-Regierung auf diesem Gebiet geleistet? Sie hat - wenn ich mich nicht sehr irre - auf Kosten der DDR einen Reibach gemacht. Bisher gab sie dem einzelnen DDR-Bürger, der herüberkam, einmal im Jahr ein Begrüßungsgeld von 100 DM als Geschenk. Jetzt bekommt der DDR-Bürger 200 DM. Dafür zahlt er 600 Mark unserer Währung. Ein Teil dieses Geldes muß von der DDR-Regierung gegeben werden. Es kommt hinzu, daß die DDR-Regierung auch nicht mehr die 25 DM von jedem Westbürger bekommt, die er zahlen mußte, wenn er in die DDR kam. Also ist das alles in allem ein Verlustgeschäft für die DDR-Bürger und die DDR-Regierung. So kann man die Hilfe nicht leisten.

Lassen Sie mich ein Wiedervereinigungs-Modell durchspielen: Was würde passieren, wenn es zu dieser Vereinigung käme und die DDR würde ein Bundesland der Bundesrepublik? Dann würde, gemäß der Verpflichtung des Grundgesetzes, ein Länderfinanzausgleich eintreten. Was müßte dieses Bundesland, die DDR - die so arm ist, wie sie ist - von den restlichen Bundeslän-

dem bekommen? Was würden die Steuerzahler dieser Bundesländer dazu sagen? Das hat Herr Kohl bei seinen 10 Punkten nicht erwähnt. Ich glaube, daß es billiger wird, wenn man sich jetzt - wo die DDR noch ein eigenes Land, ein eigener Staat ist - zusammensetzt und sich darüber unterhält, was es kosten würde, um die Währung der DDR, die durch den schwarzen Markt erschüttert ist, solide zu machen. Ich kann nicht sagen, wie es geschehen soll- das ist nicht mein Fach. Aber ich weiß, daß es solche Wege gibt, und Finanzleute müssen sie finden. Ich weiß auch, daß die Bundesregierung sich mit der DDR darüber schon unterhalten hat. Es würde allen helfen, wieder Boden unter die Füße zu bekommen und politisch Beruhigung schaffen. Das brauchen wir. Im Augenblick schwankt alles. Im Moment weiß man nicht, vor allem dann, wenn man in der DDR lebt, was morgen sein wird. Man überlegt, was gestern geschehen ist, täglich gibt es ganz neue Entwicklungen - die Geschichte schreitet in Sieben-Meilen-Stiefeln voran.

[...]

Gerade die Gefahren, die in der Situation stecken, sollten uns vergegenwärtigen, daß wir alle in der Verantwortung stehen. Jeder von uns, besonders jeder, der demonstriert, ist verantwortlich dafür, daß kein Unglück geschieht, daß die Revolution, die eine Möglichkeit für eine großartige Zukunft bietet, nicht verloren geht.

Auch ich habe in dieser Lage mehr Fragen als Antworten, insbesondere solche, die die Nation und Europa betreffen. Die Antworten darauf können Ost und West nur gemeinsam finden. Zwar haben sich in dieser Revolution bisher keine großen Führer entwickelt, keine Dantons und kein Bonaparte, aber es gibt genug kluge Köpfe in Ost und West, die dazu beitragen könnten, Lösungen zu finden. Mir schwebt eine Art Bürgerrat vor, in dem sich kompetente Leute wie der Kollege Steinkühler und ein paar andere aus der Bundesrepublik und ein paar von uns zusammensetzen und die Probleme der Nation besprechen. Das ist nicht der „runde Tisch“, der ja zu Regierungsaktionen oder zu anderen praktischen Handlungen führen soll. Dieser Bürgerrat soll aus Leuten bestehen, die eine klare Sicht haben.